
Anfrage FDP-Stadtratsfraktion; Kostenentlastung der Stadt bei den zukünftigen Leistungen des Bundes zur Grundsicherung

KSD 20113159

FDP- Fraktion LUDWIGSHAFEN

.....
Heinigstraße 37, 67059 Ludwigshafen
Tel.: 0621-672915, Fax: 0621-6718728
Mail: harald.glahn@arcor.de
www.fdp-ludwigshafen.de

FDP-Fraktion, Heinigstraße 37, 67059 Ludwigshafen

Frau Oberbürgermeisterin
Dr. Eva Lohse
Stadtverwaltung Ludwigshafen

14.10.2011

Hauptausschuss am 21.11.2011

Kostenentlastung der Stadt bei den zukünftigen Leistungen des Bundes zur Grundsicherung

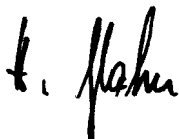
Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die FDP-Fraktion stellt zum nächsten Hauptausschuss folgenden Antrag:

1. Die Verwaltung wird gebeten aufzuzeigen, welche Kostenentlastungen für die Stadt zu erwarten sind durch die schrittweise Übernahme des Bundes zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.
2. Es wird beantragt, die Netto-Entlastungsbeträge in das Gesamtkonzept zur Ausgabenreduzierung aufzunehmen und im Haushalt 2012 auszuweisen.

Begründung:

Der Deutsche Bundestag hat in erster Lesung am 29.09.2011 einen Gesetzentwurf beraten, nach dem die Kommunen von der Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung schrittweise ab 2012 entlastet werden. Da Ludwigshafen bisher hohe Ausgaben für die Grundsicherung aufwenden muss, bietet sich durch die zukünftige Regelung eine spürbare Chance zur Ausgabenreduzierung, die sich auch im Haushaltsplan abzeichnen sollte.



Harald Glahn